

## Einleitung

### Ein Abend im Mai – und wie es dazu kam

Da steht eine dicke Frau mit gerötetem Gesicht am Rande der Flammen, blickt einer halb verbrannten Buchseite nach, die der Wind in die Luft gehoben hat, drückt die Hand ihres Mannes im braunen Hemd ganz fest und ruft immer wieder »Schöne Zeit! Schöne Zeit!« in die Menge hinein. Sie steht gleich neben dem Reporter der *Prawda*, der seinen Bericht am nächsten Tag nach Moskau schicken wird. Es ist der 10. Mai 1933, kurz nach Mitternacht. Auf dem Berliner Opernplatz tobt ein Spektakel. Man sieht den Feuerschein schon von weitem. Zehn, zwölf Meter hoch schlagen die Flammen, die Organisatoren haben eine pyrotechnische Firma mit den Vorbereitungen beauftragt. Acht große Stapel wurden aus meterlangen Holzscheiten errichtet, vorher hat man Sand ausgestreut, damit das Pflaster keinen Schaden nimmt. Um 21.30 Uhr beginnt es zu regnen, was unter den Zeremonienmeistern des Feuers zu leichter Panik führt. Immer wieder müssen sie die Holzscheite mühsam trocken reiben, die das Feuer am Brennen halten sollen, solange die Gegenstände, die heute vor allem verbrannt werden sollen, noch nicht zur Verfügung stehen. Trotz des Regens sind viele tausend Menschen gekommen. Die Zeitungen haben in den Tagen zuvor immer wieder auf das Ereignis hingewiesen. Man wusste nicht genau, was das werden würde. Aber die Möglichkeit bestand, dass es so ein erhebendes Großereignis werden könnte wie zehn Tage zuvor, am Tag der Arbeit, als Hitler auf dem Tempelhofer Feld vor einer Million Zuhörer mit spektakulären Lichtarrangements den neuen Zusammenhalt des deutschen Volkes beschworen hatte und selbst der französische Botschafter danach ergriffen berichtete: »Alles atmet gute, frohe Stimmung, allgemeine Freude. Nichts erinnert an Zwang.«

Das neue Regime ist gerade einmal drei Monate an der Macht. Es nutzt alle Mittel des Staates, um seine Macht zu festigen – und die Parteiorganisationen sowie die Einschüchterungstaktiken der SA und SS. Die Deutschen stürmen geradezu in die NSDAP, über anderthalb Millionen Neuzugänge hat die Partei in den letzten drei Monaten zu verzeichnen, die treuen 850000 Altmitglieder waren in Windeseile in die Minderheit geraten, man fürchtete eine rasante Verbürgerlichung der Partei, sodass am 1. Mai 1933 ein vorläufiger Aufnahmestopp verhängt wird.

Aber es hat auch Misserfolge gegeben. Der erste Judenboykott vom 1. April war gescheitert. Der Umsatz der jüdischen Geschäfte ging kaum zurück, die Bevölkerung verhielt sich passiv, und man beschloss, solche Aktionen vorerst nicht zu wiederholen und die Juden eher unauffällig, durch bürokratische Maßnahmen, aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Ansonsten setzte man auf positive Gemeinschaftserlebnisse, Reden, Lichter, Fackelzüge.

Es scheint deshalb plausibel und ist in der Forschung inzwischen fast einhellige Meinung, dass die Bücherverbrennung, die am 10. Mai nicht nur in Berlin, sondern in beinahe jeder deutschen Universitätsstadt stattfand, nicht auf die Initiative des Propagandaministers Joseph Goebbels oder gar Adolf Hitlers oder eines anderen Regierungsmitglieds zurückging. Die Idee stammte von der organisierten »Deutschen Studentenschaft« (DSt) und wurde mit großem Aufwand und Elan ausgeführt. In den Universitäten herrschte schon während der Jahre der Weimarer Republik ein ausgesprochen reaktionärer, chauvinistischer, nationalistischer Geist. Und seit dem Sommer 1931 wurde die Deutsche Studentenschaft ganz offiziell und nach demokratischer Wahl von einem Vertreter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) geführt. Es bedurfte nach dem 30. Januar 1933 nicht viel, um die »studentische Selbstgleichschaltung« zu vollenden. Und als die deutsche

Regierung im März die Errichtung eines »Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda« beschloss, dauerte es nur wenige Tage, bis auch die Studenten sich ein eigenes »Hauptamt für Presse und Propaganda der Deutschen Studentenschaft« genehmigten. Und gleich in seinem »Rundschreiben No. 1« vom 6. April 1933 kündigt der Leiter des Amtes, nachdem er unter Punkt 1 die Gründung des Amtes bekanntgegeben hat, unter Punkt 2 Folgendes an: »Die erste Maßnahme des Propagandaamtes, die die gesamte Studentenschaft und die gesamte deutsche Öffentlichkeit erfassen soll, findet als vierwöchige Gesamtaktion, beginnend am 12. April, endigend am 10. Mai 1933, statt. Näheres über den Inhalt wird noch bekanntgegeben.«

Zwei Tage später wird man in einem zweiten Rundschreiben konkret. Die erste Maßnahme des neuen Amtes wird sein: »Öffentliche Verbrennung jüdischen zersetzenden Schrifttums durch die Studentenschaften der Hochschulen aus Anlaß der schamlosen Hetze des Weltjudentums gegen Deutschland.« In dem Schreiben werden die Studenten erstens dazu aufgefordert, die eigenen Buchbestände »von derartigen durch eigene Gedankenlosigkeit oder Nichtwissen hineingelangten Schriften« zu »säubern«. Zweitens habe jeder Student die Regale seiner Bekannten zu säubern. Drittens sollen die Studentenschaften dafür sorgen, dass öffentliche Büchereien »von derartigem Material befreit« werden. Viertens habe jeder innerhalb seines Einflussbereichs »großzügige Aufklärungsaktion« zu übernehmen.

Und alles sollte schnell gehen. Sehr schnell. In Windeseile wollten die Studenten einen so genannten Artikel-Dienst organisieren. Sie forderten in einem Schreiben Autoren, die ihnen und dem neuen Regime gefällig waren, auf, Propagandatexte als Vorbereitung auf die Aktion »gegen den jüdischen Zersetzungsgeist und für volksbewußtes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum« zu schreiben. Am 10. April kam die Aufforderung bei den Autoren an, bis zum 12. April sollten sie liefern. Das war selbst den eifrigsten unter den neuen Nationaldichtern zu überstürzt. E. G. Kolbenheyer schrieb barsch: »Das geht natürlich nicht«, und bot den Nachdruck zweier Aufsätze an, »die in Ihre Kampfrichtung wirken«. Und ein durch den Aufbruchswirbel der neuen Zeit ebenso euphorisierter wie erschöpfter Will Vesper teilte den Studenten mit, dass seine »ganze Arbeit ja von jeher diesem Ziel gilt«, doch »leider habe ich mich so überarbeitet, daß mir der Arzt für einige Wochen unbedingte Ruhe verordnet hat«. Das Echo war also dürrig. Doch von Schriftstellern aus der dritten und vierten Reihe und einigen, die gar nicht gefragt worden waren, erhielten die Studenten wenigstens etwas, was sie an die Redaktionen verschicken konnten.

Und die Maschine lief weiter. Am 12. und 13. April wurden an den deutschen Universitäten die so genannten »12 Thesen wider den undeutschen Geist« der Deutschen Studentenschaft ausgehängt. Als These 5 gab man bekannt: »Schreibt der Jude deutsch, dann lügt er.« Und These 7 lautete: »Wir wollen den Juden als Fremdling achten, und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen. [...] Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.«

Gegen diesen Wahnwitz, der so absurd klingt, dass er beinahe lustig ist, regte sich praktisch kein Protest. Der Rektor der Berliner Universität, Professor Kohlrausch, gab zu bedenken, die Sätze seien »Übertreibungen, die nur geeignet sind, den Kampf gegen den undeutschen Geist zu diskreditieren«. Und er erklärte, dass er zu der – von ihm selbst gestellten – Frage, ob die Thesen womöglich wieder zu entfernen seien, »die Entscheidung des Herrn Ministers einholen werde«. Er wird wohl nicht im Ernst erwartet haben, dass Minister Goebbels diese Thesen entfernen lassen würde. Und an der Universität in Köln erreichte der Rektor auf Bitten

eines Professors beim verantwortlichen Propagandaleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes »schriftlich die Zusicherung, daß bei der Verbrennung der zersetzenden jüdischen Bücher am Mittwoch, den 10. Mai die Thesen in den Reden nicht erwähnt werden, in Sonderheit auch die These nicht ›Der Jude lügt, wenn er deutsch schreibt‹.« So war das damals, in den ersten Monaten der neuen Herrschaft. Der Rektor der Universität muss bei Studenten darum bitten, dass eine absurde, verbrecherische, lächerliche These bei der anstehenden Bücherverbrennung doch möglichst nicht verlesen werden möge. Der Student gibt sich großzügig. Und der Senat der Universität Köln gibt bekannt: »Der Senat beschließt, mit dem Rektor geschlossen an der Veranstaltung (d. i. die Bücherverbrennung) teilzunehmen. Anzug: Schwarzer Rock, evtl. Uniform. Rektor ohne Kette.«

Es gab keinen Protest an den deutschen Hochschulen. Nicht von den Studenten und so gut wie keinen von den Professoren. Die Thesen wider den undeutschen Geist, die Vorbereitungen zur Verbrennung der Bücher, all das lief reibungslos und in aller Regel unwidersprochen. Nur in wenigen Städten sorgten sich Professoren um den Bestand der Universitätsbibliothek. Da einigte man sich dann meist so, dass auch das undeutsche Buch »zu Forschungszwecken« in der Bibliothek verbleiben durfte.

Doch es waren nicht nur die Studenten, die die Gunst der Stunde nutzen wollten, um die deutsche Literatur ein für alle Mal von den Büchern zu »befreien«, die sie für undeutsch hielten. Auch der im »Börsenverein« organisierte deutsche Buchhandel hatte früh die Zeichen der Zeit erkannt und am 12. April 1933 ein »Sofortprogramm des deutschen Buchhandels« beschlossen, in dem es heißt: »Der deutsche Buchhandel begrüßt die nationale Erhebung. Er hat seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an ihren Zielen alsbald zum Ausdruck gebracht.« Was das für Ziele waren, an denen man bereitwillig mitarbeiten wollte, machte man später durch den Abdruck von Listen der unerwünschten Schriftsteller deutlich. Zunächst, am 13. Mai, druckte man im *Börsenblatt* die Namen der Autoren, die am bedrohlichsten und undeutschesten – so es da eine Steigerung gibt – erschienen: Lion Feuchtwanger, Ernst Glaeser, Arthur Holitscher, Alfred Kerr, Egon Erwin Kisch, Emil Ludwig, Heinrich Mann, Ernst Ottwalt, Theodor Plievier, Erich Maria Remarque, Kurt Tucholsky und Arnold Zweig. Und drei Tage später, am 16. Mai, druckte man die ganze lange Liste, die Liste der 131 Namen, die Liste des Bibliothekars Wolfgang Herrmann. Sie war die Grundlage für die Bücherverbrennung und blieb ein Leitfaden für alle späteren Verbotslisten im nationalsozialistischen Deutschland.

In Berlin hatte sich kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ein Ausschuss des Verbandes Deutscher Volksbibliothekare gebildet, der so genannte »Ausschuß zur Neuordnung der Berliner Stadt- und Volksbüchereien«. Sein Ziel: Kampf gegen den »Kulturbolschewismus« und »Ausleihverbot« für »bolschewistische, marxistische und jüdische Literatur« in deutschen Büchereien. An der Spitze standen der Leiter der Spandauer Stadtbücherei, Dr. Max Wieser, sowie Dr. Wolfgang Herrmann, der seit kurzem die Berliner Geschäftsstelle einer »deutschen Zentralstelle für Volkstümliches Büchereiwesen« des Volksbibliothekar-Verbandes leitete. Dieser Wolfgang Herrmann hatte schon früh für die »nationale Wehrhaftmachung« der deutschen Literatur geworben und 1932 ein erstes Auswahlverzeichnis für Volksbüchereien unter der Überschrift »Der neue Nationalismus und seine Literatur« in einer Bibliothekars-Zeitschrift veröffentlicht.

Und jetzt war sein Moment gekommen, der große Moment im Leben des Wolfgang Herrmann, in dem ihm die Entscheidungsmacht darüber zufiel, welche Bücher in Gegenwart und Zukunft als deutsch zu gelten hätten und welche nicht. Und Herrmann nutzte die Gelegenheit, prompt und gründlich. Vielleicht ahnte er damals schon, dass er ebenso schnell

aus dem Machtzentrum wieder vertrieben werden würde, wie er hineingeraten war.

Wer war dieser Mann, der diese Liste erstellte? Wer war Wolfgang Herrmann? Siegfried Schliebs hat für den Ausstellungskatalog zur Bücherverbrennung in der Berliner Akademie der Künste 1983 das Leben dieses Mannes nachgezeichnet. Er wurde 1904 in Alsleben an der Saale geboren, war schon als Schüler Mitglied des Deutschvölkischen Jugendbundes, studierte in München Neuere Geschichte und begann 1929 in Breslau seine Arbeit als Bibliothekar in der städtischen Volksbibliothek. Er hielt schon damals Vorträge über eine Büchereipolitik im nationalsozialistischen Sinne, beklagte sich bitter über die »liberal und kommunistisch verseuchte« Bibliothek und setzte »gegen den jüdischen Dezernenten die Anschaffung und Auslage der ›N. S. Briefe‹ in den städtischen Lesesälen« durch. 1931 wechselte er in die Stadtbücherei nach Stettin, wo er jedoch noch im Oktober desselben Jahres wieder entlassen wurde. Herrmann war erwerbslos, im Dezember beantragte er die Aufnahme in die NSDAP. Er schrieb Artikel für Zeitschriften aus dem nationalsozialistischen Diktatur-Verlag, lag aber, wie er selber sagte, »krank und unterernährt mit 29 Jahren« seinen Eltern »auf der Tasche«. Das war die Zeit, in der er seine ersten Listen erstellte. Und diese allerersten Listen sollten sich später als verhängnisvoll für den Bibliothekar erweisen. Denn Herrmann war damals nicht nur beruflich, sondern offenbar auch ideologisch in einer Krise. Er gehörte den Strasser-Sympathisanten in der NSDAP an und empfahl auf seiner frühen Liste nicht nur die Schmähschriften *Hitler – ein deutsches Verhängnis* von Ernst Niekisch und *Adolf Hitler, Wilhelm der Dritte* von Weigand von Miltenberg, sondern er bemerkte auch über Adolf Hitlers *Mein Kampf*: »Hitlers Selbstbiographie ist die wichtigste autoritative Quelle der Bewegung. Sie enthält keine geistig originellen und ›theoretisch‹ durchdachten Gedanken.« Wie dieser Mann trotz dieser Bemerkungen auf seinen frühesten Listen vom Regime auf seinen späteren Posten gesetzt werden konnte, wird wohl immer ein Rätsel bleiben. Klar ist, dass auch die spätere, im Jahr 1933 von ihm verantwortete Liste eigentlich nur für die Leihbüchereien gelten sollte. Von einer Bücherverbrennung im großen Stil war da am Anfang noch nicht die Rede. Doch die Studenten, die sich die Bücherverbrennung zum Ziel gesetzt hatten, verfolgten einen extrem knappen Zeitplan, und so kam es, dass die Deutsche Studentenschaft mit Herrmann Kontakt aufnahm und dieser ihnen seine Liste bereitwillig zur Verfügung stellte. Währenddessen hatte auch der nationalsozialistische »Kampfbund für deutsche Kultur« unter der Führung Alfred Rosenbergs begonnen, an Listen des undeutschen Schrifttums zu arbeiten. Seit 1929 schon stellte man im Mitteilungsblatt des Kampfbundes in einer gesonderten Rubrik besondere »Feinde« des wahren Deutschland ausführlich vor. Doch in der Arbeit an einer grundlegenden Liste hatte Wolfgang Herrmann einen Vorsprung. Und für die Sammelaktionen der Studenten, die im April begannen, war die Herrmann-Liste die einzige greifbare.

Am 19. Mai, knapp anderthalb Wochen nach der Bücherverbrennung, veröffentlichte der Großdeutsche Pressedienst unter der Überschrift »Eine Fehlbesetzung?« eine Polemik gegen Herrmann, in der auch dessen frühe Einschätzung von Hitlers *Mein Kampf* zitiert wurde. Was für eine Blamage! Und was für ein Ärgernis, dass das Material gerade jetzt bekanntgemacht wurde. Herrmann ahnte, woher der Angriff kam. An einen Freund schrieb er am 24. Mai, er wisse schon län-ger, »daß das Material gegen mich schon vor einigen Wochen von Stettin [...] aus dem Berliner Kampfbund für Deutsche Kultur zur Verwertung übergeben worden ist«. Und es scheint tatsächlich so gewesen zu sein, dass jener Kampfbund unter Alfred Rosenberg, der im Wettlauf der Listen ins Hintertreffen geraten war, auf diese Weise Herrmann diskreditieren wollte. Am 26. Mai schrieb Herrmann an den Kampfbund und belegte mit einer Fülle von Material seine Hitler-Treue. Doch Wolfgang Herrmanns große Stunde war vorbei. An den nun folgenden Listen-Ausarbeitungen für den Buchhandel, die Verlage, die Sortimenten, die zwar seine Liste zur Grundlage hatten, aber im Einzelnen ganz

erheblich von ihr abwichen, war er nicht mehr beteiligt. Es blieb ihm ein Parteiverfahren erspart, und 1934 wurde er aufgefordert, sich um die Stelle des Direktors der Stadtbibliothek Königsberg zu bewerben, was er tat und die Stelle auch erhielt. Dort holte ihn die Vergangenheit wieder ein. Als er im Herbst 1936 zum politischen Leiter ernannt werden sollte, wurde der Druck zu groß: »Ich bitte, zur parteiamtlichen Klärung der von mir im Jahre 1932 geübten unsachlichen Kritik am Führer das Parteigerichtsverfahren einzuleiten«, musste er am 12. Dezember 1936 an den Ortsgruppenleiter der NSDAP Königsberg schreiben. Lange zog sich das Verfahren hin, sehr lange, die Stadt Königsberg mahnte das Oberste Parteigericht in München mehrfach, das Verfahren zu beschleunigen, da man bis zu einer Entscheidung nicht gegen Herrmann vorgehen könne. Schließlich, nach beinahe anderthalb Jahren, hieß es mit der Macht der allerletzten Instanz: »Das Verfahren wird auf Grund der Verfügung des Führers vom 27. April 1938 eingestellt.« Von jetzt an blieb er unbehelligt, gab für den Verlag Korn in Breslau unter dem Titel »Kornkammer« mehrere Bände einer »Sammlung der Unvergessenen«, darin unter anderem Johann Peter Hebels Rheinischen Hausfreund, heraus und wurde im Weltkrieg Soldat. 1945 ist Wolfgang Herrmann gefallen. Aber damals, im April und im Mai 1933, der Mann war noch keine 30 Jahre alt, da war seine große Stunde. Er verschickte Liste um Liste, aktualisierte weiter, fügte neben der großen, 131 Autoren umfassenden Liste der »Schönen Literatur« schwarze Listen für die Gebiete »Allgemeines«, »Kunst« und »Geschichte« hinzu und veröffentlichte Grundsatzschriften »zur Anfertigung von Schwarzen Listen« und »Prinzipielles zur Säuberung der öffentlichen Büchereien«. Er gab sich beinahe moderat und erklärte in der Vorrede zu seiner Liste: »Die vorliegende Liste nennt alle Bücher und alle Autoren, die bei der Säuberung der Volksbüchereien entfernt werden können. Ob sie alle ausgemerzt werden müssen, hängt davon ab, wie weit die Lücken durch gute Neuanschaffungen aufgefüllt werden.«

Herrmann ging es also mit seiner Liste eher um einen Austausch der Bestände der Volksbibliotheken. Doch die Studenten hatten mit seiner Liste anderes vor. Die Tatsache, dass sich das neue Regime mit der Organisation der Verbrennung anfangs eher zurückhielt, bedeutet natürlich keinesfalls, dass die Aktion nicht in seinem Sinne gewesen wäre. Die »Säuberung« des deutschen Buchbestandes, die Vertreibung der verhassten Autoren stand ganz oben auf der Agenda. Man hatte nach den schlechten Erfahrungen mit dem Judenboykott vom 1. April nur Sorge, dass man sich mit einem erneuten Misserfolg vor dem Ausland und der Bevölkerung im eigenen Land schrecklich blamieren könnte. So ist bekannt – und der damalige Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft, Gerhard Krüger, hat es noch 1983 in einem Schreiben bestätigt –, dass das Propagandaministerium massiv auf die Studenten einwirkte, um aus der geplanten »begrenzten symbolischen Verbrennungsaktion« eine »übergreifende Säuberungsaktion« zu machen. Doch Goebbels selbst, den die Studenten schon im ersten Entwurf ihres Rundschreibens von Anfang April als Festredner genannt hatten, ließ erst am 9. Mai, als sich ein offenbar selbst von ihm nicht für möglich gehaltener Erfolg der Aktion abzeichnete, verlautbaren: »Wie Ihnen auf Ihr Schreiben vom 3. Mai heute bereits telefonisch mitgeteilt wurde, ist der Herr Minister bereit, am 10. Mai um 24 Uhr, auf dem Opernplatz Unter den Linden, die Feuerrede zu halten.«

Die Vorbereitungen waren einfach zu gut gelaufen. Die meisten deutschen Universitätsstädte bereiteten tatsächlich eine öffentliche Verbrennung vor und ließen eifrig undeutsche Bücher sammeln. Nur von kleineren Universitäten kamen Absagen. Etwas reserviert zum Beispiel aus Eichstätt, wo man anmerkte, »eine förmliche Aktion wider den undeutschen Geist« habe noch nicht bewerkstelligt werden können. Doch »mehr vielleicht noch als anderswo« sei dieser Kampf vor Ort schon lange eine Selbstverständlichkeit. Barscher reagierte man in Regensburg: Eine solche Veranstaltung komme gar nicht in Frage, zu verbrennen habe man selbstverständlich nichts Undeutsches, »da sich in unseren Büchereien solches nicht befindet.

Unsere Hochschule ist immer schon frei von jüdischem Geist gewesen und wird es auch in Zukunft sein, was man anscheinend von den Universitäten nicht immer sagen kann«. In Köln musste die Aktion kurzfristig wegen starken Regens verschoben werden, und nur aus Stuttgart kam ein klarer Widerspruch. Der Kommissar für die württembergische Studentenschaft, Gerhard Schumann, untersagte ohne nähere Begründung die Errichtung von Schandpfählen, die von den Berliner Studenten für alle Universitätsstädte angeregt worden war, sowie eine organisierte Sammelaktion und Bücherverbrennung. Man habe den Fackelzug verboten, »da Stuttgart, eine Stadt, die sowieso nicht der geeignete Boden für Fackelzüge ist, in der letzten Zeit mit Fackelzügen überhäuft wurde.« Man werde sich aber umso mehr im Alltag der Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur widmen.

Das war es schon an Widerspruch. In den anderen Städten wurden Sammelstellen eingerichtet, an denen Büchereien und die Studenten die Bücher abliefern konnten. Die Studenten zogen, in einigen Städten in Begleitung der SA oder der Polizei, in die örtlichen Leihbüchereien, um die Bücher, die auf Herrmanns Liste standen, einzusammeln. Herrmann mahnte zur Wachsamkeit. Man möge nicht nur das beachten, »was an Büchern vorn im Laden und in der Auslage vorhanden ist, sondern was in den hinteren Regalen und Räumen steht. Heute haben die Leihbüchereien natürlich durchweg nationale Literatur vorn. Vor wenigen Wochen waren sie fast durchweg noch literarische Bordelle«. Da durch eine Indiskretion seine Liste vor Beginn der Sammelaktion in einer Bibliotheks-Zeitschrift veröffentlicht worden war, rechnete Herrmann damit, dass die Bibliothekare die beanstandeten Bücher verstecken und die Herausgabe verweigern könnten. Umso mehr überrascht es, dass Anselm Faust in seinem hervorragenden Grundlagentext über die Vor-geschichte der Bücherverbrennung aus dem Jahr 1983 feststellen muss: »Die Berichte der Studenten enthalten keinen einzigen Fall von Ver-weigerung seitens der Büchereibesitzer.« Die Einschüchterung war offenbar nahezu vollkommen. Selbst wenn viele Büchereibesitzer mit dem Geist des neuen Regimes und den Auswahlkriterien einverstanden gewesen wären, bedeutete die Konfiszierung für sie einen erheblichen Verlust, da ein finanzieller Ausgleich für die eingezogenen Bücher selbstverständlich nicht zu erwarten war. Buchhandlungen waren bei diesen ersten Sammelaktionen in der Regel noch nicht das Ziel. Aber private Leihbüchereien spielten in den Jahren der Weimarer Republik beim Lesepublikum eine außerordentlich große Rolle. Viele Inhaber kleiner Geschäfte betrieben noch nebenher eine Leihbücherei.

Buchhändler und vor allem Antiquare waren von Durchsuchungen und Beschlagnahmen erst später betroffen. Es gibt zahlreiche Dokumente der Empörung ermittelnder Polizeibeamter über renitente Buch-händler, die im Verborgenen verbotene Bücher horteten. So zum Beispiel über die Buchhandlung Hans Dallmayer in Greifswald: »Der Inhaber Krause begleitete die Durchsuchung mit hämischen Bemerkungen. Nachdem er anfangs auf eine Bestätigung über die 82 beschlagnahmten Schriften verzichtet hatte, erklärte er schließlich, er wolle die Liste doch als Kulturdokument zu den Akten nehmen.«

Offizielle Beschwerden gab es auch in den Jahren nach der Bücherverbrennung kaum. Sie hätten sicherlich keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Vom Berliner »Kaufhaus des Westens« stammt eines der wenigen Dokumente, das auch eine Beschwerde zwischen den Zeilen enthält. In dem Schreiben an die Fachschaft Leihbücherei in der Reichsschrift-tumskammer »teilen wir Ihnen mit, daß wir am 3. Januar ds. Js. (1935) 8 Kisten und 1 Ballen, enthaltend insgesamt 1329 Bände lt. anliegenden Listen an die Ablieferungsstelle Westen [...] abliefern werden. Wir bemerken höfl., daß die Bände sämtlich wie auch auf anliegenden Lis-ten ausdrücklich vermerkt, das Eigentum unserer Firma sind. Mit deutschem Gruß.« Die Antwort der Fachschaft, so eine erging, ist nicht bekannt. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die

Feststellung des Eigentums irgendwelche Konsequenzen hätte haben können. Die beschlagnahmten Bücher wurden in der Regel von beaufsichtigten Firmen eingestampft oder – gerade in den ersten Monaten – in Antiquariate im Ausland verkauft. Das brachte erstens Geld, und zweitens schadete es natürlich den Emigranten, indem man den ohnehin geringen Markt für ihre Werke im Ausland auch noch mit billigen Gebrauchtbüchern, an denen sie nichts mehr verdienten, verstopfte.

Neben dem Unmut über die ersatzlos konfiszierte Ware war der größte Beschwerdegrund die totale Unsicherheit über die Unterscheidung von verbotenen und nicht verbotenen Büchern, wie sie im Gefolge der Bücherverbrennung von offiziellen Stellen fortgesetzt wurden. Im Dezember klagte der Buchhändler Willem Jaspert: »Welche Unruhe durch die oben dargelegten Ausführungen in das Bücher kaufende Publikum, vor allem aber in das Sortiment und den Verlag hineingetragen wird, liegt auf der Hand. Über 1000 Bücher sind von 21 Stellen im neuen Staate verboten worden! Es wäre meines Erachtens unbedingt an der Zeit, entweder mit den Verboten grundsätzlich aufzuhören, oder eine Zentralstelle zu schaffen, an die man sich entweder bei Drucklegung eines Manuskriptes vorher wenden kann, oder die nachträglich bereits erschienene Bücher als einzige offizielle Stelle verbieten kann.«

Das Chaos war gewollt. Chaos, Uneindeutigkeit und Verunsicherung gehörten in den ersten Monaten des neuen Regimes in allen Gesellschaftsbereichen zum System. Im Bereich der Indizierung von Schriften wie im ganzen Bereich der Kulturpolitik kam es darüber hinaus zu erheblichen Machtkämpfen in der NSDAP. Nicht nur Alfred Rosenberg und Joseph Goebbels probten so lange die Erweiterung ihres Machtbereichs, bis Goebbels 1937 auf ganzer Linie gesiegt hatte und die »Schrifttumspolitik« des Reiches allein bestimmte. Am 16. Dezember 1938 hielt er schließlich schriftlich fest: »Ich mache erneut darauf aufmerksam, daß ich mir alle Verbotsentscheidungen ausnahmslos persönlich vorbehalten habe.«

Damals, in jener Nacht im Regen auf dem Opernplatz in Berlin, hatte er noch kein Verbot ausgesprochen. Da stand er auf einem kleinen Podest im hellen Mantel unter Scheinwerfern mit Blick auf die Flammen, auf die Studenten, die SA-Männer, das erwartungsvolle Publikum, und verkündete das Ende des »Zeitalters eines überspitzten jüdischen Intellektualismus« und den »Durchbruch der deutschen Revolution«, die dem deutschen Weg die Gassen frei gemacht habe. Er rief: »Als am 30. Januar dieses Jahres die nationalsozialistische Bewegung die Macht eroberte, da konnten wir noch nicht wissen, daß so schnell und so radikal in Deutschland aufgeräumt werden könnte.«

Diesen Satz konnte man ihm sogar abnehmen. Er hatte es selbst nicht glauben können, noch bis zum Vortag der Verbrennung, dass die Deutschen schon so weit waren. Dass sie bereitwillig zusehen würden, wie die Bücher ihrer besten Autoren den Flammen übergeben wurden.

Die Nacht, in der die deutsche Literatur für alle Welt sichtbar vertrieben und aus dem Gedächtnis des Landes, aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ausgelöscht werden sollte. Diese Nacht ging wie ein Riss durch das Leben der 131 Autoren, die auf der Liste des undeutschen Geistes standen. Ein Riss durch ihr Leben, durch ihr Werk. Ein Riss auch durch die Geschichte dieses Landes.

Der elsässische Autor René Schickele, dessen Bücher auf der Liste dieses Abends gar nicht standen und erst später aus den Bibliotheken des Landes entfernt werden sollten, hat im Exil geschrieben: »Wenn es Goebbels gelingt, unsere Namen von den deutschen Tafeln zu löschen, sind wir tot. Gespenster in der Diaspora, in der wasserarmen Provinz. Schon die

nächste Generation wird nichts mehr von uns wissen.« Es war dessen Ziel. Es war das Ziel dieses Feuers in jener Nacht im Mai, das Ziel all derer, die damals die Bücher in die Flammen warfen. Sie haben es nicht erreicht.